

Steuern: CDU für moderate Anhebung

Christdemokraten berieten über Finanzlage

Voerde. Die CDU-Fraktion setzt darauf, dass Voerde aus „eigener Kraft“ bis zum Jahr 2021 den Haushaltsausgleich schafft. Es bestehe zwar die „deutlich unter 50 Prozent“ liegende Chance für die Kommune, doch noch in den „Stärkungspakt Stadtfinanzen“ zu fallen, was Landesmittel von jährlich 1,1 Millionen Euro im Zeitraum 2014 bis 2018 bedeuten würde. Dies sei aber mit der Verpflichtung verbunden, 2018 den Haushaltsausgleich zu erzielen. Gelingt dies nicht, würde die Bezirksregierung einen Sparkommissar einsetzen, geben CDU-Fraktionsvorsitzender Hans-Dieter Langenfurth und sein Stellvertreter Georg Schneider zu bedenken.

„An dieser Schraube muss gedreht werden“

Die CDU plädiert dafür, bis 2021 sukzessive moderat die Grund- und Gewerbesteuer zu erhöhen. „Dies fällt uns sehr schwer“, betonen Langenfurth und Schneider. Doch die Kommune, die sich im Nothaushaltsrecht befindet, müsse an dieser Schraube zwangsweise drehen.

Nicht verkauft werden soll nach Ansicht der CDU das Freibad, vielmehr würden die Christdemokraten „einer großen Lösung“ eines Investors positiv gegenüberstehen, der Voerde dabei hilft, an der Allee das Freibad in ein Kombibad umzubauen, wobei der Schul- und der Vereinssport gesichert sein müssten. Die CDU will „nicht unter Zeitdruck“ nach einer Lösung in der Bäderfrage suchen und setzt darauf, dass die Entscheidungsfindung „möglichst im großen Einvernehmen aller“ geschieht.

Bis es soweit ist, sollen die Bäder so weiter geführt werden wie sie jetzt sind und das Nötigste repariert werden, so dass Sicherheit, Wasserqualität etc. gewährleistet sind. „Wir wollen keine eventuellen Wegwerfleistungen produzieren“, betont Langenfurth, der hofft, dass in der Zwischenzeit an den Bädern keine größeren Maßnahmen anfallen.

In der Frage der Grundschulen – die Stadt wird sich bekanntlich angesichts rückläu-



Hans-Dieter Langenfurth F.:Archiv

figer Schülerzahlen von Standorten trennen – möchte die CDU für Friedrichsfeld geprüft wissen, ob aus energetischen Gesichtspunkten nicht ein Neubau als Ersatz für die beiden bestehenden Standorte sinnvoll ist. Wo dieser realisiert werden soll, dies müsse noch untersucht werden. Für Voerde sieht die CDU-Fraktion in der Aufgabe aller drei Grundschulstandorte und der Unterbringung in der auslaufenden Gesamtschule eine ernsthaft zu prüfende Option. Pro Schule, die man aufgibt, spare die Stadt strukturell jährlich 500 000 Euro ein, so Langenfurth.

Die CDU strebt außerdem eine Untersuchung über die Betriebskostenzuschüsse im Bereich der offenen Jugendhilfe an. Diese soll Auskunft darüber geben, wie viele Jugendliche mit welchem finanziellen Aufwand erreicht werden.

Der Arbeitskreis Neues Kommunales Finanzmanagement (NKF), der bisher nur einmal getagt habe, soll sich mit der Frage beschäftigen, wie vor dem Hintergrund von Aufgaben-Minimierung und anstehender großer Fluktuation durch das Ausscheiden vieler in den Ruhestand Personal sozialverträglich abgebaut werden kann.

Für ausbaufähig hält die CDU-Fraktion die interkommunale Zusammenarbeit mit Hünxe und dem Kreis. Auch fordert sie Absprachen zwischen dem Kommunalbetrieb Voerde (KBV) und dem in Alpen-Bönninghardt ansässigen Baubetriebshof des Kreises etwa beim Winterdienst. Die CDU nennt das Beispiel der Kreisstraße 12n. Dort könnte der Streudienst besser vom KBV übernommen und diese Leistung dann verrechnet werden, so der Vorschlag.

Die Voerder Christdemokraten sehen beim Kreis überhaupt „erhebliche Einsparpotenziale“, die nicht umgesetzt würden.